

Frank Deppe

Brexit schlägt Sozialismus

Die Niederlage der Labour Party und ihres Vorsitzenden Jeremy Corbyn bei den zurückliegende Parlamentswahlen in Großbritannien wird u.a. darauf zurückgeführt, dass eine ganze Reihe von Wahlkreisen in den ehemaligen Industriegebieten von Mittel- und Nordengland, die seit einem Jahrhundert Bastionen der Arbeiterbewegung und der Labour-Party waren, diesmal von den Konservativen erobert wurden. Der „Red Wall“ ist zusammengebrochen. In diesen Wahlkreisen hatte schon beim Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU im Jahre 2016 eine deutliche Mehrheit für den Austritt gestimmt. Ganz offensichtlich hat jetzt die einfache Losung von Boris Johnson „Let’s get Brexit done“ auch ehemalige Stammwähler der Linken überzeugt. Mit der differenzierten Haltung von Corbyn in dieser Frage („zweites Referendum“; „Neutralität“ des Vorsitzenden) waren sie offenbar nicht einverstanden. Diese kam dagegen in London und im Süden, wo bei den Jungen und Gebildeten die „Remain“-Anhänger in der Labour-Party überwiegen, gut an. Dort wurden die meisten Wahlkreise von Labour gewonnen. Die Niederlage von Labour ist so auch eine Folge der Spaltung ihrer Mitglieder und Anhänger in der Frage des Brexit bzw. in der Einstellung zur Europäischen Union (EU).

(1)

Die Mehrheit der Menschen in den sog. abgehängten Regionen – einst das Herz des britischen Industriekapitalismus (Textil-, Stahlindustrie, Bergbau, Werften und Häfen, Metallverarbeitung etc.) – glauben offenbar, dass der Austritt des Landes aus der EU ihnen einen Ausweg aus ihrer desolaten Lage eröffnet. Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarität sowie die damit verbundenen Probleme des gesellschaftlichen und kulturellen Verfalls von migrantischer Armut und Kriminalität sind Merkmale dieser Lage, gegen die z.B. in Frankreich die Bewegung der „gelben Westen“ protestiert. Für den Niedergang ihrer Regionen hatten die Wähler zu Recht die „neoliberale Gegenrevolution“ von Margret Thatcher verantwortlich gemacht. Deren Bekenntnis zu „freien“ Güter- und Arbeitsmärkten hatte erhebliche Teile der einheimischen Industrie schutzlos der globalen Konkurrenz ausgeliefert und die Verlagerung der Produktion in die Billiglohnländer an der Peripherie als rationale Standortentscheidungen des Kapitals begrüßt, ohne eine Strukturpolitik einzuleiten, die darauf gerichtet sein muss, neue qualifizierte Jobs zu schaffen, die Infrastruktur und den Sektor öffentlicher Dienstleistungen zu entwickeln und der ungleichen Entwicklung zwischen den Regionen und Gemeinden entgegenzuwirken.

Frau Thatcher mochte die Europäische Gemeinschaft bzw. die Europäische Union, der Großbritannien seit 1974 angehört, nicht besonders. Nicht nur in der konservativen Partei wirkt die Erinnerung an die Weltmachrolle des British Empire als trotziger Widerspruch gegen den realen Verfall dieser Rolle im 20.

Jahrhundert – vor allem nach 1945 – nach. Frau Thatcher verachtete die Europäische Kommission als eine supranationale proto-sozialistische Regulierungsbehörde. Ihre Nachfolger (John Major, dann die Labour-Politiker Tony Blair und Gordon Brown) unterstützen allerdings das Projekt des Europäischen Binnenmarktes und die Osterweiterung der EU in den 1990er Jahren. Im europäischen Binnenmarkt floriert die Londoner City (als eines der mit der Wall Street verbundenen Zentren des globalen Finanzmarktkapitalismus). Der Südosten des Landes ist Standort der transnationalen Konzerne und der IT-Branche im prosperierenden „Viereck“ des europäischen Binnenmarktes. Die altindustriellen Regionen fielen dagegen weiter zurück. In der Labour-Party gab es einen starken linken Flügel, der sich immer gegen den Beitritt des Landes zur EU wandte. Hier wurde – wie z. B. von der französischen KP – nicht der Verlust imperialer Macht beklagt, sondern die kapitalistische Ausrichtung der Integrationspolitik und die führende Rolle der Bundesrepublik Deutschland – als Frontstaat im Kalten Krieg und als subimperiale Macht im American Empire – kritisiert.

Großbritannien war schon lange mit der Migration aus den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien des Empire, später des Commonwealth (in Asien, Afrika und Lateinamerika) konfrontiert. Diese Bewegungen hatten sich seit den Weltmarktkrisen der 1970er Jahre (vor allem aus der südlichen Peripherie) verstärkt. Ehemalige Arbeiterwohnviertel verwandelten sich in die neuen großstädtischen Armutsviertel mit einer hohen Zahl von Einwanderern aus der ganzen Welt. Sie bestimmen den Kern eines neuen Dienstleistungsproletariats, das (mit einem hohen Anteil von Frauen) im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel, in Reinigungsbetrieben, aber auch in den privatisierten Bereichen der Pflege, der Abfallentsorgung, des Verkehrswesens (auch in der Industrie und im Handwerk) die „Billig-Jobs“ übernommen hat. Sie bilden eine neue Unterschicht der Arbeiterklasse. Oft leben ihre Angehörigen in den gleichen Gemeinden bzw. Wohnquartieren, in denen der Anteil der (durch Arbeitslosigkeit, niedrige Renten, schlechte medizinische Versorgung) sozial abgestiegenen (weißen) Industriearbeiterfamilien (mit ihren gewerkschaftlichen Traditionen und ihrer Bindung an Labour) besonders hoch ist. Die einen werden mit Rassismus konfrontiert; die anderen erleiden die Stigmatisierung als „Verlierer“ in der Wettbewerbsgesellschaft.

Vor allem aus der Geschichte der USA ist bekannt, wie diese beiden – durch den Kapitalismus (und die freien Märkte) erzeugten – Konfliktlinien (Immigration in die Armutsregionen der Klassenhierarchie, Abstieg aus relativ abgesicherten Positionen der Lohnarbeit in die Armutsregionen der Gesellschaft) zu spannungsreichen Konflikten nicht zwischen „unten und oben“, sondern innerhalb der unteren Abteilungen der Arbeiterklasse selbst führt. Die Stabilität der Herrschaft des Kapitals, des „weißen Mannes“ und die Schwäche der sozialistischen Arbeiterbewegung in den USA beruhen u.a. auf diesen Konflikten innerhalb der subalternen Klassen. Oftmals werden solche Spannungen – rassistisch oder durch rechtsradikal-völkische Agitatoren aufgeheizt – mit Gewalt ausgetragen. Die Labour-Party und die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle für den Kampf gegen den Rassismus und gegen die Diskriminierung der Einwanderer. „Kriege“ innerhalb der Arbeiterklasse – zwischen Einheimischen und Ausländern, zwischen Weißen

und Schwarzen, zwischen White Collars und Blue Collars, zwischen Streikenden und Streikbrechern etc. – stärken nicht nur die Klassenmacht der Bourgeoisie, sondern auch von konservativen und rechtsautoritären politischen Kräften. Das Ergebnis der britischen Wahlen bestätigt einmal mehr diese Erfahrung!

(2)

Für die Einstellungen gegenüber der EU spielte die Migrationsfrage zunächst keine entscheidende Rolle. Die Osterweiterung der EU in den 1990er Jahren übertrug allerdings (mit Übergangsfristen) die „vier Grundfreiheiten“ (Waren, Kapital, Dienstleistungen, Arbeitskräfte) auf die neuen Mitgliedstaaten in Ost- und Südosteuropa. Seit 2004 stieg die Zahl der Migranten aus diesen Ländern – vor allem nach Großbritannien – stark an (vgl. Tabelle 1). Arbeitskräfte aus Polen, deren Zustrom nachgelassen hat, bildeten zunächst die Mehrheit; inzwischen nimmt die Zahl der Migranten aus den Armutregionen der EU in Südosteuropa (Rumänien und Bulgarien) zu. Die Regierungen haben seit den 1990er Jahren die Asyl-Gesetzgebung enorm verschärft; bei der Verteilung der Flüchtlinge des Jahres 2015 hat sich GB nicht an einem EU-Regime beteiligt. Die „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ im Gemeinsamen Markt kann allerdings erst mit dem Brexit außer Kraft gesetzt werden.

Nationalität	2001	2012
Polen	60.711	646.000
Litauen	4.363	130.000
Rumänien	7.631	101.000
Lettland	4.275	69.000
Bulgarien	5.351	57.000
Slowakei	5.273	54.000
Ungarn	13.159	50.000
Tschechien	12.220	40.000
Gesamt	112.983	1.147.000

Nach: EU immigration to the UK – Full Fact; migrationobservatory.ox.ac.uk

Nach der Großen Krise von 2008, in deren Folge die Armut an der südosteuropäischen Peripherie der EU weiter zugenommen hat, stieg die Zahl der Migranten erneut deutlich an. Gleichzeitig hat die soziale und regionale Ungleichheit im Lande in der Folge der Austeritätspolitik der konservativen Regierungen seit David Cameron noch einmal zugenommen. Eine Studie über die Politik der EU und des Neoliberalismus in Großbritannien fasst zusammen: „Im Windschatten der Finanzkrise findet eine Restrukturierung der Kerninstitutionen des Sozial- und Wohlfahrts-

staates statt, nicht nur durch die schlichte Kürzung öffentlicher Ausgaben, sondern ebenso durch die Fragmentierung der Organisation öffentlicher Dienstleistungen einschließlich der Gesundheit und der Erziehung, mit der die Türen für die Ausweitung des privaten Sektors geöffnet werden. Bürgerrechte werden eingeschränkt oder in eine Ware verwandelt. Umfang und Status der Beschäftigung im öffentlichen Dienstleistungssektor werden herunter gefahren, und die soziale Kluft insbesondere zwischen dem Norden und dem Süden nimmt weiter zu“¹.

Der *Guardian* bezog sich auf das offizielle Statistikamt ONS, als er berichtete, dass die Zahl der Migranten aus Südosteuropa zwischen 2014 und Ende 2016 um 80 Prozent auf 413.000 gestiegen sei. Fast 80 Prozent der Südosteuropäer befinden sich im erwerbsfähigen Alter und gehen einer Arbeit nach. Nur 11.500 sind den Angaben zufolge arbeitslos. Der linksliberale *Guardian* sieht hier einen Grund für die britische Bevölkerung, sich für den Austritt aus der EU zu entscheiden; insbesondere wurden die Armutszuwanderung aus Rumänen und Bulgaren, aber auch aus Polen kritisiert. Anders als die Zuwanderer aus der Dritten Welt verfügen die Menschen aus den ehemals sozialistischen Staaten meist über ein höheres Bildungsniveau. Sie treten – vor allem in den Armutsregionen des Nordens – als Konkurrenten im prekären Sektor des Arbeitsmarktes (aber auch um Sozialleistungen) auf, erschweren also die Möglichkeiten der einheimischen „Verlierer“ der Entindustrialisierung und des Neoliberalismus, sich aus dieser Lage zu befreien. Weder die EU noch die nationale Politik sind Willens und in der Lage, diese Probleme zu lösen. Die Linke setzt sich für humanitäre Hilfe und Betreuung ein und propagiert den Gedanken der Solidarität gegen die nationalistische und rassistische Rechte, die die „Rückführung“ fordert und / oder nach mehr Polizeischutz ruft. Allerdings sind die Vertreter der Linken in den Parlamenten – vor allem auf der kommunalen Ebene – oft hilflos, wenn sie nach Lösungen gefragt werden.

(3)

Die ehemaligen WählerInnen von Labour, die jetzt mit der Wahl von Boris Johnson hoffen, dass ihre Probleme durch den Austritt aus der EU zu lösen sind, werden bald mit dem Scheitern ihrer Illusionen bzw. ihres falschen Bewusstseins konfrontiert werden. Auf der einen Seite beruht die primäre Schuldzuweisung an die EU auf falschen Informationen und halben Wahrheiten. Nigel Farage (UKIP) und Boris Johnson haben in der Kampagne für den Brexit seit 2016 – schon im Gefolge der Politik von Donald Trump – diese Instrumentalisierung von „Fake News“ exzessiv betrieben. Diese beruht immer auch auf der zynischen Verachtung für den geringen Bildungsstand der Unterschichten, aber auch für die linken und liberalen Intellektuellen in den Medien und Universitäten. Allerdings verachten auch viele Angehörige der akademisch ausgebildeten urbanen Mittelschichten die „Prols“, die sich der rechtspopulistischen Propa-

¹ Damian Grimshaw/Jill Rubery, Neoliberalismus 2.0. Krise und Austerität in Großbritannien, in: Steffen Lehndorff (Hrsg.), Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa, Hamburg 2014, S. 188 ff., hier S. 205; vgl. auch Christian Berg, Migrationsbewegungen und Migrationspolitik, in: Roland Sturm (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien, Bonn 2019, S. 196.

ganda öffnen. Für einige postmodern-linksradikale Intellektuelle setzen sich darin nationalistische und sexistische Traditionen im „Arbeiterbewegungsmarxismus“ der II. und III. Internationale fort.

Es ist richtig, dass die gestiegene Zuwanderung aus Südosteuropa eine Folge der Umsetzung des EU-Binnenmarktes und der Osterweiterung ist. Es ist ebenso richtig, dass die Marktliberalisierung – vor allem im Bereich der Arbeitsmärkte – zu äußerst zwiespältigen Resultaten führt: auf der einen Seite handelt es sich um die hoch qualifizierten Akademiker, die für die global orientierten Banken, Wissenschaftseinrichtungen und transnationalen Konzerne tätig sind; auf der anderen Seite stehen die Verlierer des Arbeitsmarktes: a) als Prekariat bzw. als Dienstleistungsklasse für die Ober- sowie die gehobene Mittelschicht, und b) in den entindustrialisierten Krisen-Regionen, in denen die Jüngeren zur Binnenwanderung in die prosperierenden Zentren gezwungen werden. Mit der Marktliberalisierung und der neoliberalen Austeritätspolitik (die mit der Kontrolle der EU-Kommission über die einzelstaatlichen Haushalte verbunden ist) hat sich die Ungleichheit zwischen den Einkommen und Vermögen, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten und Regionen in der EU erhöht. Die Proleten hinter der „roten Mauer“ sollten eigentlich begreifen, dass es dumm ist, Boris Johnson und seine Variante des Brexit zu wählen. Die gebildeten pro-EU-Demonstranten, die Europa-Fähnchen schwenken und von Frieden, Wohlstand und Reisefreiheit schwärmen, müssen sich aber auch vorhalten lassen, dass sie die Gründe für die notwendige und berechtigte Kritik an der EU nicht kennen (also auch dumm sind) oder negieren. Und besonders dumm sind Delegierte eines Parteitages der deutschen Partei *Die Linke*, die einen Antrag unterstützten, der sich zur „Utopie“ einer „Republik Europa“ nach Ulrike Guerot und Robert Menasse bekennen. Aufklärungsarbeit ist nach beiden Richtungen hin gefordert!

Die Versprechen der europäischen Sozialdemokraten (allen voran von EU-Kommissar Jacques Delors, dem großen Propagandisten des Binnenmarktprojektes am Ende der 1980er Jahre), dass die freien Märkte durch „soziale Sicherungen“ und einen Ausbau der Rechte der Arbeitnehmer flankiert werden müssen, wurden angesichts der sozialen (und politischen) Machtverhältnisse in der EU nicht erfüllt. Hilflös wirken die Wahlplakate der Linken, die für Stimmen werben, weil sie der EU eine „soziale Dimension“ hinzufügen möchten. Die EU verfügt zwar über Regional- und Agrarfonds, mit denen ungleiche Entwicklungen ausgeglichen werden sollen. Das Budget dieser Fonds reicht jedoch bei weitem nicht aus, um die Widersprüche der regionalen Ungleichheit – vor allem in Ost- und Südosteuropa – wirkungsvoll zu bearbeiten. Für die neoliberale Politik und Ideologie ist natürlich die Migration von den Armutsregionen in die produktiven und prosperierenden Zentren der EU die richtige und gewünschte Antwort des Marktes, um Ungleichheit zu bearbeiten. Der gemeinsame Haushalt der EU ist viel zu niedrig, um – etwa nach dem Vorbild des Länderfinanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland – eine Umverteilung zwischen den reichen und den armen Staaten und Regionen der Gemeinschaft zu erreichen. Dagegen wehren sich die „reichen Brüder“ – an der Spitze die deutschen Bundesregierungen – mit aller Macht, obwohl sie gerne den Eindruck vermitteln, als

seien „wir Deutschen“ die „Zahlmeister von Europa“. Das Gegenteil ist richtig: der Exportweltmeister Deutschland ist – über die Überschüsse der Handels- und Leistungsbilanzen – der Hauptprofiteur des Binnenmarktes und er strebt danach, über eine (mit Frankreich geteilte) Führungsrolle im Vereinten Europa seine politische und ökonomische Macht auf der globalen Ebene zu stärken. Frau von der Leyen wurde gerade nach Brüssel entsandt, um angesichts der tiefen Krise der EU (von der der Brexit ja nur ein Aspekt ist) die imperiale Strategie zu retten bzw. über eine engere militärische Kooperation und die Ausweitung der Militärinterventionen der EU neu zu beleben.

(4)

Das „soziale Europa“ hat gegen die Dominanz der Politik der Marktintegration und das deutsche Hegemoniestreben seit den 1990er Jahren verloren. Diese Politik treibt die markt- und wettbewerbsorientierte Reorganisation der nationalen Entwicklungsmodelle voran. Seit der Krise von 2008 wird allerdings deutlich, dass die Widersprüche und Krisentendenzen dieser Politik auf die inneren sozialökonomischen Widersprüche und die politischen Krisen in den Mitgliedstaaten zurückwirken. Den Gewerkschaften ist es in einigen wenigen Bereichen (z.B. bei der Durchsetzung der sog. „Dienstleistungsrichtlinie“) gelungen, Modifikationen und Mindestlohnregelungen auf nationaler Ebene sowie die Geltung und Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen durchzusetzen. Gleichwohl hat die EU-Politik – vor allem nach der Großen Krise von 2008 – die allgemeine Tendenz zur Ungleichheit eher verstärkt als abgebaut.

Auf der anderen Seite werden die Wähler von Boris Johnson aus den Regionen der „Roten Mauer“ im Norden des Landes sehr schnell realisieren müssen, dass der Austritt aus der EU diese Widersprüche nicht auflösen, sondern ihnen zunächst einmal neue sozialökonomische Risikofaktoren hinzufügen wird – ganz abgesehen von den möglichen politischen Folgen eines erneuten Nordirlandkonfliktes oder eines erfolgreichen Referendums für den Austritt Schottlands aus dem United Kingdom. Entscheidend bleibt aber, dass die Durchsetzung der ökonomischen und sozialen Prozesse der Ungleichheit sich stets im engen Wirkungszusammenhang von internationaler bzw. globaler Politik und Wirtschaft (auch der EU-Politik) und der nationalen Regierungspolitik vollzieht. Und dabei gilt insbesondere für Großbritannien, dass hier seit Margret Thatcher die nationalen Regierungen in besonderer Weise Politiken der Marktliberalisierung und des Abbaus sozialstaatlicher Sicherungen unterstützt und vorangetrieben haben. Das vorrangige Ziel des Kampfes gegen die Ungleichheit; gegen Prekarisierung und die „Abstiegsgesellschaft“ (O. Nachtwey) ist also eine nationale Regierung der Linken, die radikal mit der Politik des Neoliberalismus, mit der Austeritätspolitik bricht und ein Programm der sozialökologischen Transformation umsetzt, das die Ausweitung öffentlichen Eigentums mit der Umverteilung von oben nach unten sowie (auf GB bezogen) vom Süden in den Norden umschließt. Diese Ziele können jedoch nur durch eine Massenmobilisierung, durch einen „Block progressiver Kräfte“ erreicht werden, dessen soziale Basis verschiedene Klassenfraktionen (aus der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen Mittelschichten sowie der Intellektuellen)

bilden. Im Aufbau dieses „Blockes“ müssen sich basisdemokratische Erfahrungen (z.B. auf der kommunalen Ebene und im betrieblichen Bereich) entwickeln. Dabei zwingt die Konfrontation mit scheinbar unauflösbaren Widersprüchen (also: für oder gegen Brexit, für Öffnung oder Schließung der Grenzen, gegen Antisemitismus oder für Kritik der israelischen Besatzungspolitik) zu permanenter Debatte und Forschung, Aufklärung und Bildung. Diese Aufklärung beginnt mit der Zurückweisung der mit solchen Widersprüchen suggerierten Alternativen!

Die Veränderung der (ideologischen, sozialen und politischen) Kräfteverhältnisse der Klassen im nationalen Raum muss Ziel und Weg der Politik der Linken sein, um Veränderungen sowohl der Wirtschaftsstrukturen und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als auch auf dem Felde der zwischenstaatlichen und internationalen Beziehungen zu erreichen. Auch für eine Veränderung der EU-Politik bleibt die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse auf der nationalen Ebene eine bzw. die entscheidende Voraussetzung. Das Wahlprogramm von Labour sollte diese Perspektive beschreiben. Im Kern geht es darum, den Bruch mit dem Neoliberalismus als einer Politik und Ideologie zu vollziehen, die die Klassenmacht der Bourgeoisie (David Harvey) gestärkt und den „Klassenkompromiss“ der fordistischen Epoche der kapitalistischen Entwicklung verabschiedet hatte. Ein solcher Bruch würde eine neue geschichtliche Periode von Klassenkämpfen mit einer sozialistischen Perspektive eröffnen! Er kann aber auch einsetzen, wenn in der herrschenden Klasse – angesichts von Krisen und Widerstand – die Erkenntnis reift, dass die Periode der „schwarzen Null“ bzw. der Sparpolitik durch ein Programm öffentlicher Investitionen im Bereich der Infrastruktur, der Forschung und Entwicklung, der sozialökologischen Transformation und der Verkehrs- und Mobilitätswende, aber auch durch eine Wende in der Außen- und Friedenspolitik beendet werden muss.

Im zweiten Anlauf bei Parlamentswahlen hat sich das alternative Projekt von Labour als noch nicht mehrheitsfähig erwiesen. Das kann sich post festum als „List der Vernunft“ erweisen; denn ein knapper Sieg von Labour hätte angesichts des versprochenen zweiten Referendums die Übermacht der Brexit-Frage gegen die Umsetzung des Wahlprogramms gefestigt und in der Labour-Party den rechten Flügel gegen Corbyn und McDonnell gestärkt. So ist es nach der Wahl zu einer zentrale Frage geworden, ob die linke Mehrheit in der Partei nun den unvermeidlichen Angriff der Rechten abwehren kann und sich auf eine neue Etappe der Auseinandersetzungen mit der Regierung von Boris Johnson – nunmehr auf der Basis eines vollzogenen Brexit – einstellt, ohne dabei die Grundrichtung des Wahlprogramms von 2019 aufzugeben.

(5)

Wahlanalysen sind wichtig – aber sie ersetzen nicht die notwendigen strategischen Reflexionen, die notwendigen Antworten der Linken auf die krisenhaften Entwicklungstendenzen in der kapitalistischen Ökonomie, auf die Zuspitzung der Ökologiefrage und der Klimakrise, auf die Zerfalls- und Polarisierungsprozesse in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften des Westens, auf die

Zunahme der Kriegsgefahr auf dem Felde der internationalen Politik usw. Wenn es richtig ist, dass wir uns gegenwärtig in einer Übergangsperiode in eine neue Epoche des Niedergangs, der Stagnation, der Barbarisierung und Umweltzerstörung, der anhaltenden politischen Krise in den entwickelten kapitalistischen Staaten des Westens befinden, dann begründet sich die sozialistische Programmatik weniger aus den Wahlanalysen als aus den immanenten Krisentendenzen der Kapitalakkumulation und der autoritärer werdenden Methoden zur Stabilisierung der politischen Herrschaft im Interesse des Kapitals.

Die unaufgelösten Widersprüche, die auch für die Niederlage von Labour verantwortlich sind, sind nicht allein auf der Ebene der Subjektivität – also des Wissens- und Bildungsstandes, der Bewusstseinsformen der individuellen Subjekte und ihrer unterschiedlichen sozialen Erfahrungen – zu erklären. Sie sind objektiver Natur; sie reflektieren die Widersprüche der antagonistischen Vergesellschaftungstendenz des Kapitals auf den verschiedenen Ebenen der Gesellschaft und der Politik. Das betrifft nicht allein die Entfaltung der inneren sozialen und Klassen-Widersprüche, sondern vor allem die Ebene der Internationalisierung. Akkumulation und Expansion des Kapitals reproduzieren Verhältnisse der Ungleichheit, der Konkurrenz, der Herrschaft und Unterwerfung, die über 500 Jahre die Expansion und Beherrschung der Welt durch den „Westen“ bestimmt haben. Die europäische Integration nach 1945 kam dem Bedürfnis nach Frieden und der Überwindung des Nationalismus entgegen – aber sie war von Anfang an durch konkurrierende Interessen der Bourgeoisien in den beteiligten Staaten, durch das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, durch ungleiche Machtverhältnisse zwischen den Mitgliedsstaaten, durch die Einbeziehung des Gesamtprozesses in die Konfliktkonstellationen des Kalten Krieges und damit durch den Primat des US Empire – bestimmt. Die sozialistische und kommunistische Linke musste diese Widersprüche zur Kenntnis nehmen bzw. in ihrer Politik reproduzieren: Die Sozialdemokraten verstehen sich als diejenige Kraft, die – vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges – Europa als global player sozial ausgestalten und demokratisch weiter entwickeln möchte. Die kapitalismuskritischen Kräfte der radikalen Linken stimmen in der Kritik an der neoliberalen Neugründung der EU nach 1991 zu. Sie sind aber gespalten in der Frage, ob die EU – in der Perspektive einer sozialistischen Programmatik – überhaupt reformierbar ist oder nicht. Die Auflösung dieser Widersprüche, die in letzter Instanz durch den widersprüchlichen Charakter des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses bestimmt werden, muss im Prozess a) der Entfaltung der inneren Widersprüche und Krisen, b) von sozialen und politischen Kämpfen erfolgen, in der Perspektive einer über die Dominanz des Kapitals und seiner Verwertungs- und Marktlogik hinausreichenden Reformpolitik. Dieser Prozess kann lange dauern, Veränderungen der Kräfteverhältnisse, Veränderung in den Köpfen stehen dabei zunächst im Vordergrund: Aufklärung, um die Widersprüche, die die Linke blockieren und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zementieren, als solche in ihrer Formbestimmtheit kenntlich zu machen. Deshalb sollten die Proleten hinter der „roten Mauer“, die jetzt für den Brexit und für Johnson gestimmt haben, nicht als reaktionäre Masse angegriffen bzw. ignoriert, sondern in die Kämpfe gegen die Politik der Konservativen einbezogen werden, um sie als wichtige Kraft im „Block der progressiven Kräfte“ zurückzugewinnen.